

Interview mit Serap Güler,

**Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen**

Im Rahmen unseres Projektes „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ sprach Frau Güler mit dem Projektmitarbeiter Taner Ekici über die aktuellen Herausforderungen einer gesamtgesellschaftlichen Integration im Ruhrgebiet sowie die Bedeutung von Arbeit für Integration und Teilhabe.

Sehr geehrte Frau Güler, glauben Sie, dass ein Bedarf besteht, auch die sogenannte Mehrheitsgesellschaft zu (re)-integrieren?

Ich mag den Begriff der Mehrheitsgesellschaft, der eine oder mehrere Minderheitsgesellschaften gegenüberstehen sollen, überhaupt nicht. Wir haben es in Deutschland und in allen westlichen Ländern mit Gesellschaften zu tun, die vielfältig sind – das macht ja gerade unsere Stärke aus. Es gibt natürlich soziale, kulturelle oder auch religiöse Unterschiede – aber es gibt kein Gegenüber oder gar Gegeneinander zweier Blöcke, von denen der eine sich Mehrheit nennt und der andere Minderheit heißt. Zu wem soll denn der iranisch-stämmige Zahnarzt gehören? Zur Mehrheit, weil er deutscher Staatsbürger ist und gut verdient oder zur Minderheit, weil er Muslim ist? Diese schematische Aufteilung unserer diversen Gesellschaften ist ein Konstrukt von Selbst- und Fremdzuschreibungen, das keinen Sinn ergibt. Das ist, um es vorsichtig zu sagen, unterkomplex.

Jeder, der etwas von Integration versteht, weiß, dass es sich dabei nicht um einen Prozess handelt, der nur den Menschen mit Einwanderungsgeschichte etwas abverlangt. Die Gesellschaft als Ganzes ist gefordert. Natürlich müssen sich Einwanderinnen und Einwanderer integrieren. Dazu gehört auch, dass sie die deutsche Sprache lernen, einen Job finden und die Gesetze unseres Landes befolgen – insbesondere unser Grundgesetz. Aber ganz genauso dürfen wir von Staat und Gesellschaft verlangen, dass sie den Prozess der Integration aktiv unterstützen. Sie müssen die Voraussetzungen für Teilhabe und Miteinander schaffen und einschreiten, wenn es zu Rassismus und Diskriminierung kommt. Und, das ist mir besonders wichtig, der Staat muss bereit sein, seine eingewanderte Bevölkerung rechtlich gleichzustellen und ihr die Möglichkeit zur Einbürgerung anzubieten - und zwar großzügig. Ich arbeite

nicht für Mehrheiten oder Minderheiten, sondern für eine Gesellschaft, in der sich alle Bürgerinnen und Bürger mit diesem Land identifizieren auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten.

Inwiefern zeigt sich die allgemeine politische Stimmung (wachsender Populismus, Islamophobie, Unzufriedenheit) in NRW bzw. insbesondere im Ruhrgebiet?

Aktuell erleben wir ja das genaue Gegenteil dessen, was Sie in der Frage andeuten: Die Corona-Krise führt die Menschen zusammen. Die übergroße Mehrheit verhält sich im besten Sinne sozial und verantwortlich, so schwer das auch fällt. Ich beobachte eine großartige Solidarität. Alten Menschen wird geholfen, es wird Essen vorbeigebracht, man singt gemeinsam auf den Balkonen. Im Angesicht der Bedrohung durch das Corona-Virus verlieren Unterschiede der Herkunft oder Religion an Bedeutung. Das ist ja genau das, was die Populisten von rechts so stört, die auf Spaltung und Schuldzuweisung setzen und nun aller Orten Zusammenhalt und Gemeinschaftssinn erleben. In der aktuellen Situation stehen die Menschen zusammen, ob sie nun eine Einwanderungsgeschichte haben oder keine, ob sie alt sind oder jung. Ich setze darauf, dass uns diese prägende Erfahrung von Solidarität und Rücksichtnahme auch nach dem Ende der Corona-Krise erhalten bleibt. Unsere Gesellschaft kann daraus gestärkt und geeint hervorgehen.

Natürlich werden Populismus und Islamophobie nicht einfach verschwinden, im Ruhrgebiet genauso wenig wie in ganz Deutschland. Ressentiments und negative Einstellungen gegenüber Menschen muslimischen Glaubens sind weit verbreitet. Es gibt latente und offene Diskriminierung, verbale Abwertungen, Beleidigungen und Drohungen bis hin zu gewaltsamen Angriffen und Mordanschlägen. Damit dürfen und werden wir uns nicht abfinden – als Gesellschaft und als Landesregierung. Wir suchen den Dialog mit den Muslimen und ihren Organisationen und arbeiten engagiert an einer stärkeren Anerkennungskultur: Wir müssen vor allem den jüngeren Muslimen das Gefühl vermitteln, dass sie zu dieser Gesellschaft gehören, ganz egal woher ihre Eltern kommen. Um diesen Prozess zu unterstützen, haben wir in unserem Ministerium eine Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement eingerichtet. Damit machen wir den gesellschaftlichen Beitrag von Musliminnen und Muslimen besser sichtbar und sorgen für eine Vernetzung vieler spannender Initiativen, die unter anderem in den Bereichen Umwelt, Inklusion, Kultur, Brauchtumpflege, Frauen und Familie oder auch LSBTIQ* aktiv sind.

Warum fühlen sich immer mehr Menschen „abgehängt“ oder „ausgegrenzt?“ Welche Bevölkerungsgruppen sind Ihren Erfahrungen nach besonders stark „betroffen“?

Diese Analyse stimmt nur zum Teil. Ich habe vor dem Corona-Virus ganz oft Menschen getroffen, die positiv eingestellt sind, die aktiv und kreativ etwas verändern wollen, die sich engagieren in politischen Parteien, in kommunalen Parlamenten, in Integrationsräten oder in Moscheegemeinden. In den vergangenen Monaten haben sich hunderttausende von jungen Menschen für den Klimaschutz eingesetzt. Das ist großartig, denn da wächst eine neue aufgeweckte Generation heran, die mutig ist und gestalten möchte. Mich stimmt das zuversichtlich.

Es gibt aber auch wirklich messbare Fortschritte bei der Integration. Ich denke da etwa an die steigende Zahl von Abiturientinnen und Abiturienten mit Einwanderungsgeschichte oder der bemerkenswerten Integration vieler Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung kann man auch in unserem jüngsten NRW-Integrationsmonitoring erkennen.

Aber natürlich gibt es auch Menschen, die sich „abgehängt“ fühlen. Wenn jemand seine Arbeit verliert, weil die hart erarbeitete Qualifikation nicht mehr in unsere digitale Zeit passt, ist so ein Gefühl fast unausweichlich. In diesen Fällen müssen wir als Staat rasch mit Qualifizierungsmaßnahmen und Unterstützung reagieren. Aber es gibt eben auch Menschen, die behaupten, sie würden abgehängt, die es aber objektiv gar nicht sind. Ich denke da an alle, die lautstark erklären, Einwanderer und Flüchtlinge würden ihren Lebensstandard gefährden und die Identität unseres Landes bedrohen. Das ist natürlich überhaupt nicht der Fall. Natürlich gibt es auch Herausforderungen – und denen nehmen wir uns auch an. Aber dennoch ist die Integration in weiten Teilen bei uns eine Erfolgsgeschichte. Aber ich will nicht alles schönreden: Tatsächlich haben wir gerade bei den jüngeren Menschen mit Migrationsgeschichte in der dritten oder vierten Generation oft den Eindruck, dass sie sich ausgegrenzt fühlen. Sie entwickeln dann mit der Zeit auch eine Trotzreaktion und sagen: „Diese Gesellschaft will mich nicht? Okay, dann will ich auch nicht dazugehören!“ Das hat viel mit unserer Debattenkultur zu tun, die nicht immer denselben Maßstab angelegt.

Denken Sie an die Debatte über Mesut Özil. Ja, das Foto war eine Dummheit, aber die Diskussion, die darüber geführt wurde, das Fazit, dass man Özil quasi das Deutschsein abgesprochen hat, war dümmer. Gleichzeitig ist eine ähnliche Debatte um Lothar Matthäus, der ein Foto mit Putin gemacht hat,

ausgeblieben. Warum eigentlich? Bei so schrägen Debatten sind jüngere Menschen zurecht sensibler. Es soll auch gar nicht darum gehen, Menschen für ihre Fehlritte nicht mehr zu kritisieren – aber berechtigte Kritik muss für alle gelten. Ansonsten verfestigt sich der Eindruck, man gehöre nur dann dazu, solange man gut ist und keine Fehler macht.

Welche besonderen Herausforderungen ergeben sich in strukturschwachen Regionen z.B. dem Ruhrgebiet aufgrund des Kontextes von Strukturwandel etc.?

Es gibt im Ruhrgebiet eine relativ ungünstige demographische Entwicklung. Aus vielen Städten hat es Abwanderung gegeben. Auch sehen wir im Ruhrgebiet eine höhere Arbeitslosigkeit und mehr lokal verdichtete Armut als etwa in Ostwestfalen oder anderen Regionen. Wir müssen alles dafür tun, um das Ruhrgebiet als Metropolregion zu stärken und seine Potentiale immer wieder herausstellen. Das gilt gerade auch für den Wettbewerb um qualifizierte Einwanderer und die Ansiedlung von Zukunftsbranchen. Im Ruhrgebiet hat sich in den letzten 20 Jahren die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft gut entwickelt. Wir als Landesregierung wissen um die besonderen Herausforderungen in dieser Region. Deswegen tun wir etwas. Eine von zahlreichen Initiativen, auf die ich besonders stolz bin, ist das Format „Ruhr-Konferenz“. Wir wollen mit den Menschen vor Ort einen Veränderungsprozess für ihre Region anstoßen, so dass die Potentiale besser genutzt werden können. Als Integrationsministerium haben wir hier ein Forum zum Thema #Chancen, #Vielfalt, #Aufstieg koordiniert. Dabei ging es insbesondere um die Talentförderung junger Menschen. Sie sind die Zukunft der Region – und sollen alle Chancen bekommen, ihre Zukunft positiv zu beeinflussen.

Welche Rolle können gesellschaftliche Akteure (Zivilgesellschaft, Arbeitgeber, etc.) spielen, um Unzufriedenheit und Ängsten entgegenzuwirken?

Alle sind gefordert! Ich habe in der der Zeit vor Corona viele Unternehmerinnen und Unternehmer getroffen, die sich mit großem Engagement der Ausbildung von Flüchtlingen widmen. Diese vorbildliche Arbeit kommt der Gesellschaft als Ganzes zugute. Wissenschaftliche Untersuchungen deuten auf eine enge Beziehung zwischen der Innovationsfähigkeit eines Unternehmens und der Heterogenität der Belegschaft hin. Die kulturelle Vielfalt der Menschen gerade im Ruhrgebiet ist ein wesentlicher Faktor, der neue Produkte und Dienstleistungen entstehen lässt. Die Universität Duisburg-

Essen etwa ist ein Beispiel dafür, dass die gelebte Vielfalt der Lehrenden und Lernenden auf dem Campus erfolgsversprechend ist und eine Basis für die Entwicklung neuer Ideen, Konzepte und Projekte darstellt.

Hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch die Arbeit der Migrant*innenorganisationen, die heute ein nicht mehr weg zu denkender Player in der Integrationspolitik sind. Staat und Zivilgesellschaft arbeiten in NRW ohnehin eng zusammen, wenn es darum geht, mehr Teilhabe und Integration zu ermöglichen. Wir haben die gute Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft in NRW auch institutionalisiert und den Beirat der Landesregierung für Teilhabe und Integration eingerichtet, in dem fast 50 hochrangige Expertinnen und Experten mit und ohne Einwanderungsgeschichte aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft vertreten sind. Gemeinsam mit dem Beirat haben wir die Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 entwickelt, ein Kompass für unsere Politik und für die Zivilgesellschaft in den kommenden zehn Jahren. Wir sagen: Nordrhein-Westfalen soll auch weiterhin Motor der Integrationspolitik in Deutschland sein. Dafür wollen wir Teilhabe ermöglichen und Chancen für die Menschen in unserem Land schaffen – und zwar ganz unabhängig davon, wo sie herkommen, an wen sie glauben oder wen sie lieben.

Worin liegen die Gründe für Enttäuschung und Misstrauen gegenüber Politikern und Strukturen? Warum entscheiden sich immer mehr Menschen rechtspopulistisch zu wählen?

Die große Mehrheit der Menschen in unserem Land ist mit den demokratischen Parteien und ihren Vertreterinnen durchaus zufrieden. Das zeigen nicht zuletzt die Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen deutlich. Bei der Landtagswahl 2017 erhielt die AfD 7,4 Prozent. CDU, SPD, Grüne und FDP – also die Parteien der demokratischen Mitte – brachten es zusammen auf 83,2 Prozent. So viel Enttäuschung und Misstrauen mit den etablierten Parteien sehe ich in diesem Ergebnis nicht.

Dass es Unzufriedenheit gibt, ist doch normal. Das gehört zu einer Gesellschaft, in der jeder und jede seine Meinung frei äußern kann. Kritisch wird es dann, wenn sich diese Unzufriedenheit politisch organisiert und zwar in Gegnerschaft zu unserer freiheitlichen Demokratie. Die Ergebnisse der AfD in einigen Teilen Deutschlands stimmen mich traurig. Aber gerade die jetzige Corona-Krise zeigt: Wenn es wirklich um etwas geht, wenn wirklich etwas für jeden Einzelnen auf dem Spiel steht, dann kehren die unzufriedenen Bürgerinnen und Bürger auch wieder zu den Parteien der Mitte zurück.

Kann man diese Wähler zurückgewinnen? Wenn ja, wie können die etablierten Parteien dies bewerkstelligen?

Wir würden unsere Aufgabe als Demokratinnen und Demokraten nicht ernst nehmen, wenn wir die Wähler populistischer Parteien dauerhaft im Abseits stehen ließen. Wie holen wir sie zurück? Ganz sicher nicht durch Anbiederung und unkritische Übernahme einiger Positionen. Die Erfahrung zeigt, dass die Wähler dann lieber beim Original bleiben. Besser ist es, fest zu den eigenen Grundüberzeugungen zu stehen und mit langem Atem konstruktiv an Lösungen zu arbeiten. Ich bin sicher, dass sich gute Sacharbeit, die das Leben der Menschen verbessert, langfristig immer auszahlt. Denn genau darin ist die AfD schwach. Sie sucht nicht nach Lösungen, sondern nach vermeintlich Schuldigen. Diese billigen Provokationen haben aber die meisten Leute längst durchschaut.

Chancengleichheit bedeutet Teilhabe an allen Bereichen unserer Gesellschaft, auch der Teilhabe durch Arbeit, und doch weisen viele Kommunen im Ruhrgebiet besonders hohe Quoten von Arbeitslosigkeit und Beziehern von SGB II (Hartz IV) aus.

Wie kann man diesem Problem begegnen?

Zuerst einmal bin ich froh, dass wir in Deutschland ein Instrument wie die Grundsicherung für Arbeitssuchende haben. Sie hat den Zweck, die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und Personen, die mit ihnen zusammen leben zu stärken und bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu helfen. Unser Sozialstaat schafft Sicherheit für diejenigen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu sichern. Ich bin auch strikt dagegen, dass man SGB-II-Bezieher, ob nun mit oder ohne Einwanderungsgeschichte, in ein schiefes Licht rückt. Die allermeisten haben sich ihre Lage nicht selbst ausgesucht, sondern sind auf Leistungen angewiesen, weil sie hilfebedürftig sind.

Dass in Kommunen des Ruhrgebiets die SGB-II-Quote höher ist als in anderen Landesteilen hat viele Gründe. Der wichtigste ist natürlich der Strukturwandel mit all seinen Folgen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass das Ruhrgebiet wieder Motor für Wachstum und Innovation in Deutschland wird. Dafür brauchen wir eine starke Bildungslandschaft mit Kitas, Schulen, Berufskollegs, Hochschulen und Aus- und Weiterbildungsstandorten mit enger Verzahnung in die Wirtschaft. Wie sie wissen, hat sich

Ende 2019 eine breite Mehrheit im Landtag aus CDU, SPD, FDP und Grüne für eine Bewerbung der „Städtereion Rhein Ruhr City“ für die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2032 ausgesprochen. Wenn es dazu kommt, wäre das eine Riesenchance für das Ruhrgebiet.

Welche Rolle spielt hierbei das Thema Bildung und ggf. die soziale Herkunft?

Bildung und soziale Herkunft sind in Deutschland eng miteinander verbunden. Das wissen wir seit der Diskussion um die Pisa-Ergebnisse. Wir wissen aber auch, dass die Kinder mit Einwanderungsgeschichte enorm aufgeholt haben. Wenn Sie sich vor Augen führen, welche schwierigen Ausgangsbedingungen Kinder im Ruhrgebiet oftmals haben, wird deutlich, welche Leistung in diesen Familien erbracht wurde und wird. Das ist allerhöchstens vergleichbar mit der Bildungssituation in Deutschland im ländlichen Raum in den 60er Jahren. Kinder oder Enkelkinder der ersten Generation haben nicht nur den Anschluss geschafft, sie sind oft auch erfolgreicher als die Kinder, die nicht aus Einwandererfamilien kommen.

Wir wollen in ganz Nordrhein-Westfalen – und besonders im Ruhrgebiet – Potenziale entdecken und fördern. Kinder und Familien brauchen das Signal: Du kannst was, und wenn Du willst, unterstützen wir Dich bei Deinem Weg. Dabei helfen uns mehr als 70 Talentscouts an 370 Berufskollegs, Gesamtschulen und Gymnasien. Sie beraten tausende Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der der Oberstufe in die Berufsausbildung oder ein Studium bis hinein in den Beruf. Wir sind damit an jeder dritten öffentlichen Schule in Nordrhein-Westfalen vertreten. Solche Formate wollen und werden wir weiterführen. Beispielsweise werden wir im Rahmen der Ruhr-Konferenz Talentwerkstätten für Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren organisieren. Dadurch sollen die Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, ihre Potenziale zu erkennen, Teamfähigkeit zu lernen und ihre interkulturelle Kompetenz weiterzuentwickeln. Das sind wichtige Eigenschaften für eine erfolgreiche Biographie.

Welche Rolle kann das Thema Arbeit, als re-integrativ und partizipatorisch wirkendes Element, für die Mehrheitsgesellschaft spielen?

Sie fragen nach der Arbeit, die ohne jeden Zweifel eine hohe Bedeutung für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe hat. Allerdings sichert längst nicht jede Arbeit dauerhaft und langfristig den

Lebensunterhalt. Im Integrationsministerium wissen wir, dass auch viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Alter kaum von der Rente leben können. Die Menschen haben viel gearbeitet. Sie waren aber oft im Niedriglohnsektor oder zeitlich befristet beschäftigt. Das hat uns darin bestärkt, dass der Schlüssel für eine erfolgreiche Beteiligung am Arbeitsmarkt die qualifizierte Ausbildung ist. Jeder junge Mensch sollte die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung zu absolvieren.

Aktuell setzen wir zum Beispiel das Programm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ für junge gestattete oder geduldete Flüchtlinge zwischen 18 und 27 Jahren um. Diese jungen Menschen haben keinen systematischen Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen. Es wäre fatal, diese Gruppe nicht auszubilden. Als Land stellen wir dafür 50 Millionen Euro zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es viele weitere Programme. Klar ist: Je zielgerichteter wir fördern, desto besser gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt.

Wie kann die Politik gerade erwerbsschwache Gruppen (z.B. Langzeitarbeitslose) beim Thema Arbeitsmarktintegration besser unterstützen?

Arbeit ist neben Sprache und Bildung von nicht zu überschätzender Bedeutung für die Integration. Wenn Arbeit fehlt, und gerade dann, wenn Menschen länger arbeitslos sind, dann ist das nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein psychologisches Problem. Ich bin froh, dass die gute ökonomische Entwicklung in NRW in den vergangenen Jahren zu einem deutlichen Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit geführt hat. Zurückzuführen ist er auch auf die engagierte Arbeit der Jobcenter vor Ort, die gute Zusammenarbeit und das abgestimmte Vorgehen des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. Aber seien Sie versichert: Wir in Nordrhein-Westfalen setzen auf Sozialpartnerschaft, auf die enge Zusammenarbeit von Land, Arbeitgeber und Gewerkschaften. Damit fahren wir gut und damit werden wir auch durch die Corona-Krise kommen, die die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ganz sicher stark belasten wird.

In einer Schlussbetrachtung: Wie könnte man die Menschen, die zunehmend unzufrieden sind, Ihrer Meinung nach wieder besser erreichen / ansprechen? Wie glauben Sie, kann man Politikverdrossenheit am besten begegnen?

Ich bin gar nicht sicher, ob die Menschen heute, wie sie sagen, zunehmend unzufrieden sind. Mein Beruf bringt es mit sich, dass ich viel reise und jeden Tag unterschiedlichen Menschen begegne – zumindest war das vor Corona so und wird auch danach wieder so sein. Im Rahmen unserer Wertedialog Reihe „#IchDuWirNRW im Dialog – Was uns ausmacht, was uns stark macht“ habe ich in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Minister Joachim Stamp zahlreiche Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern geführt. Dabei sind wir viel häufiger zuversichtlichen Leuten begegnet, die anpacken wollen, als jene, die unzufrieden sind. Das gilt auch und vielleicht sogar insbesondere für die Menschen, die selbst oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind.

Auf der Website www.ichduwir.nrw erzählen selbstbewusste Männer und Frauen mit und ohne Einwanderungsgeschichte ihre ganz persönliche Geschichte zum Thema Integration. Das sind Integrations-Vorbilder im besten Sinne. Sie sind weder verdrossen, noch verzagt, sondern tolle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, auf die wir gemeinsam stolz sein können. Sie stehen für ein weltoffenes Nordrhein-Westfalen, das schon immer Heimat für alle Menschen aus aller Welt gewesen ist – und bleiben wird.